



# KOK NEWSLETTER . 03 // 13

**INHALT**

**BERLIN, 30.09.2013**

|   |           |
|---|-----------|
| <b>A. NEUIGKEITEN .....</b>   | <b>1</b>  |
| <b>B. VERÖFFENTLICHUNGEN DES KOK.....</b>   | <b>4</b>  |
| <b>C. KOK-INTERNE VERANSTALTUNGEN .....</b>   | <b>4</b>  |
| <b>D. VERANSTALTUNGEN .....</b>   | <b>5</b>  |
| <b>E. RECHTLICHE ENTWICKLUNGEN .....</b>  | <b>10</b> |
| <b>F. INFORMATIONSMATERIAL UND PUBLIKATIONEN.....</b>   | <b>11</b> |
| <b>RUBRIK WISSEN – GESETZLICHE und POLITISCHE ENTWICKLUNGEN DES<br/>GESETZENTWURFS zur UMSETZUNG DER RICHTLINIE 2011/36/EU und zur<br/>ÜBERWACHUNG VON PROSTITUTIONSSTÄTTEN .....</b> | <b>15</b> |



**Bundesweiter Koordinierungskreis  
gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen  
im Migrationsprozess e.V.**

## A. NEUIGKEITEN

---

### +++ Antworten der Parteien auf die Forderungen des KOK zur Bundestagswahl 2013

Der KOK e.V. hat in seiner Funktion als Schnittstelle zwischen Praxis und Politik anlässlich der Bundestagswahl 2013 einen Forderungskatalog an die Parteien des Bundestags versendet.

Die Hauptforderungen beinhalteten die folgenden Punkte:

- Einheitliche Regelungen für Alimentierung der Betroffenen von Menschenhandel und Sicherung eines Aufenthaltstitels unabhängig von deren Kooperationsbereitschaft
- Die Schaffung eines eheunabhängigen Aufenthaltsrechtes
- Die Sicherung des Schutzes und des Zugangs zu Rechten für Minderjährige und Kinder, die von Menschenhandel betroffen sind
- Die Einführung eines Zeugnisverweigerungsrechtes für BeraterInnen von Fachberatungsstellen für Betroffene des Menschenhandels
- Sicherung und Ausbau des gesamten Hilfesystems

Die Parteien Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, die FDP, die Piratenpartei sowie die SPD haben auf den Forderungskatalog des KOK e.V. geantwortet. Die Zusammenstellung ihrer Antworten sowie der vollständige Forderungskatalog des KOK e.V. kann [hier](#) nachgelesen werden.

### Übersicht frauenpolitischer Wahlforderungen in „zwd – Frauen. Gesellschaft und Politik“

Das Politikmagazin "[zwd - Frauen. Gesellschaft und Politik](#)" widmet sich in seiner Ausgabe 310/311 von Juli 2013 dem Schwerpunkt Bundestagswahl 2013. Darin stellt das zwd-Magazin die Forderungen unterschiedlicher Menschenrechtsorganisationen und Frauenverbände an die Bundestagsparteien und nimmt auch die Wahlprüfsteine des KOK e.V. auf.

### +++ KOK unterstützt Projekt gegen Ausbeutung von Au-pairs

Der KOK e.V. unterstützt das Projekt von drei jungen Journalistinnen, die eigene Au-pair-Erfahrung haben. Mit einem Foto-Film-Projekt soll auf die Problematik der Ausbeutung von Au-pairs aufmerksam gemacht und für verbesserten rechtlichen Schutz von Au-pairs in Deutschland geworben werden. Weitere Infos zum Projekt finden sich [hier](#).

Der KOK e.V. unterstützt dieses Projekt sowohl finanziell als auch ideell. Der KOK hat in den letzten Jahren mehrfach auf die Ausbeutung von Au-pairs aufmerksam gemacht. So hatte z.B. Claudia Franke, Mitarbeiterin der Fachberatungsstelle *contra* (Kiel), eine [Problemanalyse](#) zu Ausbeutung und Missbrauch in Au-pair-Verhältnissen (2008) im Auftrag des KOK verfasst. Zuletzt bezog der KOK Ende Mai [Stellung](#) gegen die Ausbeutung von Au-pairs zu dem Vorschlag der EU-Kommission für eine *Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- und Studienzwecken, zur Teilnahme an einem Schüleraustausch, einem bezahlten oder unbezahlten Praktikum, einem Freiwilligendienst oder zur Ausübung einer AuPair-Beschäftigung (COM (2013) 151 final)*.

### **+++ Neu: Terminkalender auf der KOK Website**

Für eine bessere Übersicht über die vielfältigen Aktivitäten des KOK e.V. gibt es nun ein neues online Tool auf seiner Website: Ein Terminkalender gibt einen Überblick über alle Veranstaltungen, wie z.B. Fortbildungen, Versammlungen und Konferenzen, an denen der KOK (aktiv) teil nimmt oder beteiligt ist. Der Kalender ist direkt auf der [Startseite](#) des KOK e.V. unter den Einträgen der Rubrik „Neuigkeiten“ zu finden.

### **+++ Antwort der Bundesregierung auf die Universelle Periodische Staatenüberprüfung (UPR)**

Am 25.04.2013 hat sich Deutschland zum zweiten Mal der Universellen Periodischen Staatenüberprüfung (UPR – Universal Periodic Review) vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf gestellt. Das seit dem Jahr 2007 bestehende UPR-Verfahren dient der Überprüfung der Menschenrechtslage in den einzelnen Staaten und ist ein wichtiges Instrument, um diese weltweit zu verbessern und die Umsetzung von Menschenrechten voranzubringen.

2013 beteiligten sich 96 Staaten am UPR-Verfahren, von denen Deutschland insgesamt 200 Vorschläge und [Empfehlungen](#) zur Verbesserung der Menschenrechtslage erhalten hat. Die wichtigsten Empfehlungen bezogen sich auf die verstärkte Bekämpfung von Rassismus in Deutschland, auf die vollständige Beachtung der Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden, auf bessere Maßnahmen gegen Menschenhandel und Schutzmaßnahmen für die Betroffenen sowie auf die Ratifizierung der UN-Konvention zum Schutz von WanderarbeiterInnen.

Die Bundesregierung antwortete Mitte September mit einem [Bericht](#) über die Umsetzung der erhaltenen Empfehlungen, der auf der Sitzung des UN-Menschenrechtsrates am 19.09.2013 debattiert wurde. Alle Empfehlungen bezüglich eines verbesserten Schutzes für Betroffene des Menschenhandels wurden von Deutschland angenommen. Die Empfehlungen, undokumentierte MigrantInnen nicht zu kriminalisieren, nahm die Bundesregierung hingegen nur zum Teil an und verwies auf die geltenden Regelungen im Aufenthaltsgesetz. Demnach werde die Abschiebehaft als Maßnahme gegen einen „illegalen Aufenthalt“ (Antwort auf Empfehlung 124.186, 187) so kurz wie möglich durchgeführt. Auch die Empfehlung, die *Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen* zu ratifizieren, lehnte Deutschland ab, da die darin verwendete Definition von „WanderarbeiterIn“ auch irreguläre MigrantInnen einschlieÙe und dies nicht vereinbar mit der Deutschen Gesetzgebung sei.

Der Nationale Bericht Deutschlands, der Ende Januar 2013 beim UN-Menschenrechtsrat eingereicht wurde, kann [hier](#) heruntergeladen werden. Ausführliche Informationen zum Ablauf des UPR-Verfahrens inkl. aller relevanten Dokumente bietet das [Deutsche Institut für Menschenrechte](#). Zudem ist die gesamte UPR-Dokumentation zu Deutschland des Hochkommissariats für Menschenrechte [hier](#) abrufbar.

### **+++ 23. Gleichstellungs- und FrauenministerInnen Konferenz (GMFK)**

In der Gleichstellungs- und FrauenministerInnen Konferenz (GMFK) am 05.09.2013 in Magdeburg ging es um geschlechtergerechte Entlohnung, die Finanzierungssituation von

Frauenhäusern und um die aufenthaltsrechtliche Situation von Betroffenen von Menschenhandel:

### Keine bundeseinheitliche Frauenhausfinanzierung

Trotz der Proteste von NGOs und Frauenhäusern für eine bundeseinheitliche Finanzierung von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen sieht die Bundesregierung keinen Bedarf für eine Regelung auf Bundesebene, sondern verweist auf die Zuständigkeit der Länder und Kommunen. Erst am 13. Juni 2013 hatte der Bundestag mit Koalitionsmehrheit die Anträge von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke für eine einheitliche Finanzierung abgelehnt. GFMK-Vorsitzende Kolb erwarte aus diesem Grund keine einheitliche Regelung, sondern die Bundesregierung werde lediglich gebeten „zu prüfen, ob in Fällen häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder ein gemeinsames gerichtliches Verfahren zum Gewaltschutz und zum Umgangsrecht ermöglicht werden kann.“ (fpd, 598/2013, S. 3)

### Aufenthaltsrechtliche Forderungen für Betroffene von Menschenhandel

Die GMFK erklärte die gültigen aufenthaltsrechtlichen Regelungen für Betroffene des Menschenhandels als nicht ausreichend, da sie den Betroffenen nicht gerecht werden und auch die strafrechtliche Verfolgung der TäterInnen nicht vorantreiben. Die GFMK fordert die InnenministerInnenkonferenz dazu auf, geeignete Maßnahmen zu prüfen und Betroffenen, die sich als Zeuginnen einem Strafverfahren zur Verfügung stellen, auch über den Strafprozess hinaus eine aufenthaltsrechtliche Perspektive zu eröffnen.

### +++ Internetauftritt des Bündnisses Faire Arbeitsmigration Baden-Württemberg

Seit Anfang Juli ist die [Website](#) des neu gegründeten Bündnisses Faire Arbeitsmigration Baden-Württemberg online. Darauf stellt das Bündnis seine Arbeitsweise, Forderungen und Ziele vor und berichtet über aktuelle Entwicklungen, Projekte und Publikationen im Themenbereich der Arbeitsmigration.

Das Bündnis ist ein Zusammenschluss von Fachberatungsstellen und anderen zivilgesellschaftlichen sowie politischen und kirchlichen AkteurInnen mit dem Ziel, das Thema „Faire Arbeitsmigration“ in politische Debatten einzubringen und im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Für die Koordination des Bündnisses ist das Fraueninformationszentrum ([FIZ](#)) in Stuttgart zuständig.

### +++ Take-Care: Europäisches Sprachenprojekt zum Thema Gesundheit - Sprachführer für MigrantInnen

Das Projekt „Take-Care“ (Laufzeit: 11/2012 bis 10/2014) will MigrantInnen beim Erwerb von Sprachkenntnissen im Bereich Gesundheit unterstützen und damit eine bessere gesundheitliche Versorgung fördern. Außerdem zielt es darauf ab, ein europaweites Netzwerk assoziierter PartnerInnen zu schaffen und einen Beitrag zur interkulturellen Kommunikation leisten.

Das Hauptprodukt des Projektes ist ein Sprachenführer für MigrantInnen zum Thema Gesundheit. Enthalten sind wichtige Redewendungen auf Bulgarisch, Niederländisch, Englisch, Deutsch,

Griechisch, Litauisch, Portugiesisch, Rumänisch und Spanisch, ein Glossar in 17 Sprachen, Informationen über das Gesundheitswesen in jedem Partnerland sowie ein Notfallkit mit grundlegenden Sprachkenntnissen.

Auch wenn die Webseite noch im Aufbau ist, gibt es erste Informationen unter [www.takecareproject.eu](http://www.takecareproject.eu)

## B. VERÖFFENTLICHUNGEN DES KOK

---

### **+++ Zum medialen Umgang mit dem Thema Menschenhandel im Jahr 2013**

Mitte August veröffentlichte der KOK e.V. eine Stellungnahme zum Thema [Medialer Umgang mit dem Thema Menschenhandel im Jahr 2013 – ein kritischer Zwischenruf](#). Darin thematisiert der KOK e.V. einerseits den Interessenzuwachs der Medien zu Menschenhandel, kritisiert jedoch gleichzeitig die häufige stereotypisierte Darstellung des Themenbereichs sowie die inhaltliche und irrtümliche Vermischung von Migration, Prostitution und Menschenhandel.

Die Hauptforderungen des KOK e.V. an eine verantwortungsvolle journalistische Berichterstattung zu Menschenhandel sind:

- eine unaufgeregte Berichterstattung, die Hysterie und die Konstruktion von Bedrohungsszenarien vermeidet und Migration nicht kriminalisiert
- die Vermeidung von Klischees
- eine fundierte Recherche; dies beinhaltet u.a. zu akzeptieren, dass keine genauen Zahlen von Betroffenen des Menschenhandels genannt werden können und dass die Lebensgeschichten der Betroffenen meist eine hohe Komplexität aufweisen
- die Vermeidung suggestiver Anfragen und Vertrauen auf die Expertise der Fachleute
- Darstellung eines ganzheitlichen Bildes, beispielsweise mit Fokus auf die Situation der Betroffenen nach der Straftat und auf die Probleme in der Beratungsarbeit
- eine differenzierte Debatte zum Thema Prostitution, keine Gleichsetzung mit sexueller Ausbeutung und Menschenhandel
- eine differenzierte Bildsprache, die Betroffene als starke, handelnde Subjekte darstellt, die ihr Leben selbst gestalten; Vermeidung sexualisierter Darstellungen
- den Schutz der Rechte und der Identität der Betroffenen; der Deutsche Presserat hat in diesem Sinne im März 2013 den Artikel 8 „Schutz der Persönlichkeit“ des Pressekodex novelliert, der besonders den Schutz von Opfern von Straftaten und von Minderjährigen in den Mittelpunkt rückt

## C. KOK-INTERNE VERANSTALTUNGEN

---

### +++ Mitgliederversammlung des KOK e.V. am 01.10.13

Am 01. Oktober 2013 von 11.30 – 17.30 Uhr findet die Mitgliederversammlung des KOK e.V. in Berlin statt. Darin wird u.a. der Zwischenbericht der externen KOK-Evaluierung durch die Organisationsberatung *Socius* vorgestellt und diskutiert.

### +++ Fortbildung-und Vernetzungstreffen des KOK e.V. am 28./29.10.13

Am 28. und 29. Oktober 2013 findet das diesjährige Fortbildungs-und Vernetzungstreffen des KOK e.V. in Berlin statt, zu dem alle interessierten Mitgliedsorganisationen sowie weitere Fachberatungsstellen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz eingeladen sind. Schwerpunkt wird die Auseinandersetzung mit aktuellen internationalen Rechtsinstrumenten und ihren Anwendungsmöglichkeiten in der Praxis sein. Als Gäste werden Frau Freudenberg, Leiterin der Fachstelle Opferschutz im Landespräventionsrat des Niedersächsischen Justizministeriums sowie Frau Dr. Freifrau von Braun, Staatsanwältin und Beauftragte für Menschenhandel der Berliner Staatsanwaltschaft, referieren.

### +++ Praxisworkshop: Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung am 30.10.13

Am 30. Oktober 2013 veranstaltet der KOK e.V. in Zusammenarbeit mit dem DGB-Projekt „Faire Mobilität“ und dem „Bündnis gegen Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung“ einen gemeinsamen Praxisworkshop zum Thema Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung. Mitarbeitende der gewerkschaftlichen Beratung und der spezialisierten Fachberatungsstellen bekommen die Gelegenheit, miteinander in Kontakt zu kommen und die jeweiligen Arbeitsweisen näher kennenzulernen, so dass zukünftig mehr regionaler Austausch mit dem Ziel einer umfänglicheren Unterstützung der Ratsuchenden stattfinden kann.

## D. VERANSTALTUNGEN

---

### VERGANGENE VERANSTALTUNGEN

#### +++ datACT-Konferenz: Datenschutz in der Bekämpfung des Menschenhandels

Im Rahmen des europäischen Datenschutzprojektes „datACT“, durchgeführt vom KOK e.V. in Zusammenarbeit mit dem europäischen Netzwerk La Strada International, fand vom 25. bis 27. September 2013 die Konferenz *Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung für marginalisierte Gruppen: eine Herausforderung in der Politik zur Bekämpfung des Menschenhandels* in Berlin statt, zu der internationale ExpertInnen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenkamen. In der Eröffnungsveranstaltung berichteten die UN-Sonderberichterstatterin über zeitgenössische Formen der Sklaverei, Gulnara Shahinian, Thilo Weichert

– Datenschutzbeauftragter des Landes Schleswig Holstein – und die niederländische Menschenrechtsexpertin Marjan Wijers über Datenschutz, Menschenrechte und die Politik zur Bekämpfung des Menschenhandels als neue Herausforderung im digitalen Zeitalter. In den darauf folgenden zwei Tagen diskutierten die Teilnehmenden in vier Podiumsdiskussionen und drei Workshops unter anderem über die Zusammenhänge von Datenerfassung und den Schutz von Betroffenen, aktuelle datenschutzrechtliche Entwicklungen auf europäischer Ebene, die Rolle der Fachberatungsstellen bei der Einrichtung einer Berichterstattungsstelle zu Menschenhandel sowie über die informationelle Selbstbestimmung von Betroffenen des Menschenhandels. Eingeladen waren neben VertreterInnen europäischer Menschenhandels-NROs die niederländische Berichterstatteerin zu Menschenhandel, Corinne Dettmejer-Vermeulen, sowie Birgit Schweikert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Alexander Dix – Berliner Datenschutzbeauftragter, padeluun – Digital Courage - und Werner Hülsmann vom Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung zeigten den Teilnehmenden Strategien und Herausforderung des Datenschutzes für marginalisierte Gruppen auf.

Weitere Informationen zum Projekt und Fotos der Veranstaltung finden Sie auf der [Website](#) von „dataACT“.

### **+++ Fachgespräch: Behördliche Hilfen für Opfer von Menschenhandel**

Am 03.09.2013 referierte der KOK e.V. im Rahmen eines internen Fachgesprächs über behördliche Hilfen für Betroffene des Menschenhandels in Kassel, das von FRANKA e.V. und dem Diakonischen Werk organisiert worden ist. Darin gab er einen Überblick über die rechtlichen Leistungsansprüche zur Lebensunterhaltssicherung für Betroffene von Menschenhandel in Deutschland, beleuchtete die in der Praxis auftretenden Probleme und gab Empfehlungen für die Verbesserung der Situation von Betroffenen.

### **+++ Fachtagung contra: Prostitution in Schleswig Holstein**

Am 29.08.2013 fand in Kiel die [Fachtagung der Beratungsstelle contra](#) statt, die von der Geschäftsführerin des KOK e.V., Naile Tanis, moderiert wurde. Thema der Tagung war die rechtliche und soziale Situation von Prostituierten in Schleswig-Holstein sowie die Prävention von Menschenhandel. Im Rahmen von ExpertInnenvorträgen, Workshops und Podiumsdiskussionen diskutierten teilnehmende Fachkräfte aus Politik, Verwaltung, Justiz, Anwaltschaft, Polizei, Forschung und Beratungsstellen.

### **+++ Jahresklausur des KOK e.V. am 17./18.06.13**

Die diesjährige Jahresklausur des KOK e.V. fand am 17. und 18. Juni 2013 in Berlin statt. In einem Tagungshaus der Caritas tauschten sich 23 Mitgliedsorganisationen zur Arbeit der Geschäftsstelle aus und diskutierten über verschiedene aktuelle Themen, darunter auch der neue Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2011/36/EU und das Datenschutzprojekt „dataACT: data protection in anti-trafficking action“.

## KOMMENDE VERANSTALTUNGEN

### +++ Zwangsverheiratungen erkennen – richtig handeln: Workshops für MitarbeiterInnen von Behörden in Baden-Württemberg

TERRE DES FEMMES bietet ab sofort bis Februar 2014 zehn kostenlose Fortbildungen zum Thema „Gewalt im Namen der Ehre / Zwangsverheiratung“ an. Teilnehmen können MitarbeiterInnen von Ämtern und Behörden sowie aus der Schulsozialarbeit in Baden- Württemberg. Pro Behörde können sich bis zu zwei Personen anmelden. Die Workshops sind kostenlos und finden immer freitags zwischen 9:30 und 16:00 Uhr statt. Ziel ist eine verstärkte regionale Vernetzung verschiedener Behörden. Nähere Informationen zu den Inhalten, Terminen und zur Anmeldung gibt es unter folgendem [Link](#).

### +++ Warschau: OSCE Human Dimension Implementation Meeting (HDIM) 2013

Vom 23.09. bis 04.10.2013 findet dieses Jahr in Warschau das Implementierungstreffen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als größte Menschenrechtskonferenz Europas statt, die durch den gleichberechtigten Dialog von OSZE-Staaten und Menschenrechts-NGOs geprägt ist. Themen des diesjährigen Treffens sind:

- Stand der Umsetzung der umfassenden OSZE-Verpflichtungen im Bereich der Menschen- und Grundrechte, Toleranz und Nichtdiskriminierung
- Stand der demokratischen und rechtsstaatlichen Entwicklung in den einzelnen OSZE-Teilnehmerstaaten
- Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit, Bewegungsfreiheit, demokratische Wahlen und Wahlbeobachtung,
- Projekt-Maßnahmen im Bereich Menschliche Dimension
- Erweiterung der Implementierung der OSZE-Verpflichtungen in Hinsicht auf Roma und Sinti.

Die Tagesordnung und nähere Informationen über das Implementierungstreffen und zur Anmeldung finden Sie auf der OSZE-Website unter [http://www.osce.org/hdim\\_2013](http://www.osce.org/hdim_2013).

### +++ Konferenz zu Mindestlöhnen

Am 07.10.2013, am Welttag für menschenwürdige Arbeit, veranstaltet der DGB gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Mindestlohnkonferenz. Darin wird anhand von Mindestlohnmodellen unterschiedlicher Länder diskutiert, in wie weit mit Mindestlöhnen Armut bekämpft werden kann. An der Konferenz werden internationale ReferentInnen aus Wissenschaft, den Gewerkschaften und der Praxis aus Lateinamerika, Asien und Europa teilnehmen.

Die Konferenz findet von 10.00 – 17.00 Uhr in der Friedrich Ebert Stiftung, Berlin, statt. Um [Anmeldung](#) wird gebeten. Weiterführende Informationen finden Sie [hier](#).

### +++ Online-Konferenz zu Handel mit Kindern

Vom 16. bis 18.10.2013 wird eine internationale Online-Konferenz statt finden, die sich mit vielfältigen Aspekten des Themas Handel mit Minderjährigen befasst. Neben VertreterInnen von NGOs, Wissenschaft und Politik und werden u.a. Myria Vassiliadou (EU Anti-Trafficking Koordinatorin), Joy Ngozi Ezeilo (UN-Sonderberichterstatterin zu Menschenhandel) sowie Maria

Grazia Giammarinaro (OSCE-Sonderbeauftragte und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels) thematische Inputs geben. Fachleute aus den Bereichen Kinderschutz, NGO, Gesundheit, Politik, Bildung, Strafverfolgung und Justiz, aber auch Studierende werden zur Teilnahme eingeladen.

Die Konferenz wird in englischer Sprache durchgeführt und ist kostenlos. Federführend sind die beiden Organisationen *Touchpoint Child Protection* und das *Counter Human Trafficking Bureau* (UK). Weitere Informationen und Anmeldung erfolgen unter <http://counterchildtrafficking.org/>.

### **+++ Vilnius I: EU-Forumstreffen zu Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung**

Vom 17.-19.10.2013 findet im Kontext des [FINE TUNE](#) Projekts *Labour Trafficking: Fighting NEW Trends, Understanding New Elements, developing new responses and partnerships* ein Treffen des EU-Forums gegen Menschenhandel in die Zwangsarbeit statt – angesichts der aktuellen litauischen EU Ratspräsidentschaft in Vilnius.

Das Treffen, an dem auch der KOK e.V. teilnehmen wird, möchte Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung in einem größeren Kontext diskutieren und die Möglichkeit zum Austausch mit anderen Projekten geben, insbesondere dem ADSTRINGO Projekt (*Addressing trafficking in human beings for labour exploitation through improved partnerships, enhanced diagnostics and intensified organisational approaches*).

### **+++ Vilnius II: EU-weiter Tag gegen Menschenhandel**

Am 18.10.2013 wird in Vilnius der 7. europaweite Tag gegen Menschenhandel ([7th EU Anti-Trafficking Day](#)) von der EU-Kommission und der aktuellen litauischen EU-Ratspräsidentschaft begangen. Hier soll mit Fachleuten und EntscheidungsträgerInnen aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft über die EU-Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels (2012-2016) diskutiert werden. Das diesjährige Schwerpunktthema liegt auf der Rolle des Internets beim Thema Menschenhandel: *Exploring the Links between Trafficking in Human Beings and the Internet. Cyberspace for Prevention, not Recruitment*.

### **+++ Brüssel: Filmvorführung „Not my life“ von Robert Bilheimer**

Anlässlich des EU-weiten Tages gegen Menschenhandel lädt die Europäische Kommission zur Vorführung der Dokumentation „Not my life“ von Robert Bilheimer am 18.10.2013 ab 18.00 Uhr in Brüssel ein. Der in einem Zeitraum von vier Jahren gedrehte Film setzt Schlaglichter auf die unterschiedlichen Realitäten des Menschenhandels, v.a. mit Minderjährigen zur sexuellen Ausbeutung, in Haushalten, in Betteltätigkeiten und ihrer Ausnutzung als Kindersoldaten. Eröffnet wird die Veranstaltung durch die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström.

Weitere Informationen zum Film finden Sie [hier](#). Anmeldungen werden noch bis zum 04.10.2013 unter [simon@propager.eu](mailto:simon@propager.eu) entgegengenommen.

**+++ HERA- Projekt "Cultural encounters in intervention against violence" (CEINAV)**

Vom 21. bis 22. Oktober 2013 wird ein Kick-off Treffen des [HERA](#)-Forschungsprojektes *Cultural encounters in intervention against violence* (CEINAV) in Osnabrück stattfinden. HERA (Humanities in the European Research Area) ist eine Partnerschaft aus 21 europäischen Räten der *European Science Foundation* (ESF) mit dem Ziel der Verankerung der Geisteswissenschaften in den Rahmenprogrammen der EU-Kommission und im europäischen Forschungsraum. Das Projekt ist für den Zeitraum von Oktober 2013 bis Mai 2016 angelegt.

Bei dem Treffen, das unter der Leitung der Projektkoordinatorin Prof. Dr. Carol Hagemann-White an der Universität Osnabrück koordiniert wird, geht es primär um die kulturellen Unterschiede im Gewaltschutz in Paarbeziehungen, bei der sexuellen Gewalt an Kindern und im Frauenhandel zur sexuellen Ausbeutung. Der KOK e.V. wird als einer der assoziierten Partner an dem Kick-off Meeting teilnehmen und im Rahmen dessen seine Arbeit vorstellen. Außerdem wird er das Projekt während der Zeit in den Arbeitsphasen ideell und bei der Durchführung unterstützen.

**+++ Warschau: Europäisches Pro Bono Forum 2013**

Vom 24. bis 25. Oktober 2013 findet in Warschau das [Europäische Pro Bono Forum](#) statt. Es ist eine Plattform, die einerseits NGOs die Möglichkeit bietet, juristische Unterstützung zu finden, und andererseits RechtsanwältInnen die Möglichkeit eines ehrenamtlichen und kostenfreien Engagements eröffnet. Damit werden auf europäischer Ebene Kooperationen zwischen RechtsanwältInnen und NGOs gefördert. Das Forum wirft einen vergleichenden Blick auf die Pro Bono Aktivitäten in Europa: Anhand von Diskussionen und vielfältigen Workshops werden Themen wie die Auswirkungen von Pro Bono auf Frauenrechte oder die Unterstützung der Menschenrechtsarbeit in Russland und der Ukraine durch RechtsanwältInnen diskutiert. Die [Anmeldung](#) ist bis zum 23.10.2013 möglich.

**Unterstützen Sie unsere Arbeit!**

Mit einer Spende leisten Sie einen wichtigen Beitrag, um gegen Menschenhandel und Gewalt gegen Frauen im Migrationsprozess vorzugehen und die Situation der Betroffenen in Deutschland zu verbessern.

**Jede Spende hilft!**

Spendenkonto: Evangelische Darlehensgenossenschaft eG

Konto-Nr. 791 296

BLZ: 210 602 37

**Spendentelefon: 0900-156-5381**

Bei einem Anruf werden direkt 5 EUR zugunsten des KOK e.V. von Ihrer nächsten Telefonrechnung abgebucht

Oder spenden Sie einfach beim Online-Shopping: Auf [www.boost-project.com/de/charities/561](http://www.boost-project.com/de/charities/561) klicken und mit jedem Einkauf Gutes tun.



**+++ Brüssel: EU Civil Society Platform**

Nachdem bei der Auftaktveranstaltung der neu gegründeten [EU Civil Society Platform](#) gegen Menschenhandel im Mai 2013 über Prostitution, Gendergerechtigkeit und Menschenhandel diskutiert wurde, findet nun am 9. Dezember 2013 ein zweites Treffen in Brüssel statt, an dem der KOK e.V. als aktiver Akteur der Plattform erneut teilnehmen wird.

Die zivilgesellschaftliche Plattform gegen Menschenhandel soll den Austausch sowohl zwischen NGOs der EU-Staaten als auch mit der Europäischen Kommission ermöglichen und eine verbesserte europaweite Vernetzung fördern.

**E. RECHTLICHE ENTWICKLUNGEN****+++ Asylbewerberleistungsgesetz – aktuelle Entwicklungen und Kritik****Anhebung der Regelsätze ab 2014 gelten auch für das AsylbLG**

Am 18. Juni 2012 hat das Bundesverfassungsgericht die Grundleistungsbeiträge des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) für verfassungswidrig erklärt. Der Gesetzgeber wurde unverzüglich verpflichtet, für den Anwendungsbereich des AsylbLG eine Neuregelung zur Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums zu treffen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) verschickte im Dezember 2012 zwar einen Referentenentwurf (der KOK berichtete in seinem [Newsletter 01/2013](#)) an diverse Organisationen, bisher wurde das Urteil jedoch nicht gesetzlich umgesetzt. Die Länder haben Übergangsregelungen geschaffen, in denen die Regelsätze für Asylsuchende auf ALG II-Niveau angehoben wurden.

Nun werden die Regelbedarfssätze von BezugsempfängerInnen im Bereich AsylbLG, SGB II / SGB XII ab dem 1. Januar 2014 um rund 2,3 % steigen, so der Beschluss des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) in seiner Kabinettsitzung am 04.09.2013 ([Drucksache 673/13](#)). Der Anstieg liegt dabei über der Preissteigerungsrate von zuletzt 1,5 % und ist begründet mit der Preisentwicklung von 70 % und der Entwicklung der Nettolöhne von 30 %.

**Anstieg der LeistungsempfängerInnen nach dem AsylbLG um 15 % im Jahr 2012 – PRO ASYL und Diakonie fordern Abschaffung**

Am 12. September 2013 veröffentlichte das Statistische Bundesamt eine [Statistik](#), wonach die Zahl der Personen, die im Jahr 2012 Leistungen nach dem AsylbLG bezogen, um 15 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sei und sich auf insgesamt 165.244 LeistungsempfängerInnen belaufe.

Daraufhin fordert PRO ASYL in seiner [Pressemitteilung](#) eine aktive Integrationspolitik für Asylsuchende. Nicht nur das bisher geltende Arbeitsverbot müsse endlich abgeschafft werden, so PRO ASYL, sondern das AsylbLG "als diskriminierendes Sondergesetz" als Ganzes – besonders vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 18.06.2012. Die Men-

schenrechtsorganisation fordert stattdessen die Einbeziehung hilfsbedürftiger Personen in die normale Sozialhilfe sowie ein Integrationskonzept, das eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Zugang zum Arbeitsmarkt ermögliche.

Eine ähnliche Position vertritt auch die Diakonie. "Mit dem Grundrecht auf das physische Existenzminimum ist nicht vereinbar, dass Flüchtlinge im Krankheitsfall nur bei akuten Schmerzen behandelt werden", erklärte Diakonie-Präsident Johannes Stockmeier in Berlin. Die Diakonie fordert weiterhin die Abschaffung des AsylbLG. Der KOK e.V. schließt sich diesen beiden Positionen an.

Die vollständige Pressemitteilung der Diakonie ist [hier](#) nachzulesen. Darüber hinaus bietet die Diakonie eine gute [Übersicht](#) mit den wichtigsten Fakten zum Asylbewerberleistungsgesetz.

## F. INFORMATIONSMATERIAL UND PUBLIKATIONEN

---

### **+++ GRETA-Berichte zur Umsetzung der Europaratskonvention in Belgien, Irland und Spanien**

Die ExpertInnengruppe für die Bekämpfung des Menschenhandels (GRETA) hat im September 2013 die Berichte zur Umsetzung der Europaratskonvention zur Bekämpfung des Menschenhandels für die Länder [Belgien](#), [Irland](#) und [Spanien](#) veröffentlicht. Die Berichte stellen die von den Regierungen getroffenen Maßnahmen gegen Menschenhandel vor, zeigen bestehende Lücken in der nationalen Gesetzgebung und Praxis auf und geben landesspezifische Empfehlungen für eine verbesserte Umsetzung der Vorgaben der Europaratskonvention.

Die [Europaratskonvention](#) wurde im Jahr 2005 verabschiedet und stellt als erstes internationales Rechtsinstrument gegen Menschenhandel den Schutz und die Rechte der Betroffenen in den Vordergrund. Der Fachausschuss GRETA ist ein Komitee von 15 unabhängigen ExpertInnen, die die Umsetzung der Europaratskonvention in den Vertragsstaaten überwachen sollen. Die Einrichtung eines solchen Überwachungsmechanismus ist in Artikel 36 der Konvention vorgeschrieben. Die von GRETA erstellten Evaluationsberichte beruhen auf Informationen, die der Gruppe von den Staaten und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen zur Verfügung gestellt werden. Eine Auflistung aller bisher veröffentlichten Berichte finden Sie auf der [Website](#) des Europarates.

### **+++ Amtsbericht der UN- Sonderberichterstatterin**

Die UN-Sonderberichterstatterin für Menschenhandel, Joy Ngozi Ezeilo, hat ihren diesjährigen [Amtsbericht](#) vorgelegt, der dem Schwerpunktthema der Nachfrage gewidmet ist. Darin betont Ezeilo die Notwendigkeit, bei staatlichen Maßnahmen zur Reduzierung der Nachfrage einen menschenrechtsbasierten Ansatz zu verfolgen. So plädiert sie unter anderem für ein erweitertes Verständnis des Begriffs der Nachfrage, der nicht – wie von vielen Staaten angenommen – ausschließlich auf sexuelle Dienstleistungen bezogen sei, sondern jede Handlung beschreibe, die

eine Form der Ausbeutung (darunter Arbeitsausbeutung, Organhandel etc.) fördert und zu Menschenhandel führen kann.

### **+++ Bericht über Menschenhandel zur Organentnahme in den OSZE Ländern**

Die [OSZE](#) (Organization for Security and Cooperation in Europe) hat eine [Studie über Menschenhandel zum Zweck der Organentnahme](#) veröffentlicht. Darin wird sowohl auf politische und rechtliche Rahmenbedingungen und Konsequenzen eingegangen, als auch auf die Darstellung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Darüber hinaus stellt die Studie Netzwerkstrukturen im Kontext von Menschenhandel und die medizinische Lage der Betroffenen dar und geht auch auf deren Rechte und Bedürfnisse ein.

### **+++ Studien zu Menschenhandel im Sinai**

Das Feinstein International Center der Tufts Universität USA hat im August 2013 einen Bericht über Menschenhandel und über illegale transnationale Netzwerke der ägyptischen Halbinsel Sinai veröffentlicht: [Ransom, Collaborators, Corruption – Sinai Trafficking and Transnational Networks \(2013\)](#). Jeden Monat fliehen tausende von Menschen aus Eritrea über den Sudan und Ägypten nach Israel, um massiven Menschenrechtsverletzungen der eritreischen Regierung zu entgehen. Diese Flucht wird inzwischen von organisierten Netzwerken zum Zweck von Schmuggel und Menschenhandel beschattet. Speziell in Sinai kommt es dabei zu heftigen Menschenrechtsverletzungen.

Auch eine Studie der Tilburg Universität / der European External Policy Advisors beschäftigt sich mit diesem Thema: [Human Trafficking in the Sinai: Refugees Between Life and Death \(2012\)](#).

### **+++ Mujer Frontera: Handreichung zu Frauenhandel**

Die NGO *Mujer Frontera*, ein Netzwerk aus Migrantinnen und Betroffenen des Frauenhandels, hat eine [Handreichung](#) herausgegeben, die sich sowohl an die Betroffenen selbst als auch an im Feld Menschenhandelsbekämpfung tätige Institutionen und die Politik wendet. Die Handreichung, die von Betroffenen aus den USA und Spanien verfasst wurde, ist auf Englisch, Französisch und Spanisch verfügbar. Sie informiert in erster Linie über Angebote und praktische Möglichkeiten, von Menschenhandel betroffene Frauen zu unterstützen, und beinhaltet auch persönliche Erfahrungsberichte der Betroffenen.

### **+++ E-Learning Plattform zum Thema Menschenhandel**

Die NGO *End Human Trafficking Now* (EHTN) hat in Zusammenarbeit mit der *United Nations Global Initiative to Fight Human Trafficking* (UN.gift) die weltweit erste E-Learning Plattform zum Thema Menschenhandel online gestellt. Diese richtet sich an die MitarbeiterInnen von Firmen und Unternehmen der Privatwirtschaft.

Hintergrund für die Einrichtung der Plattform ist die zunehmende Komplexität in globalen Unternehmensstrukturen mit verschiedensten Zulieferungs- und Nebenverträgen und dem damit steigenden Gefahrenpotential für Arbeitsausbeutung und Menschenhandel. Dies macht eine Sensibilisierung der Mitarbeitenden und eine verstärkte Überwachung von Unternehmens-

ablaufen erforderlich. Das Trainingsprogramm soll den Mitarbeitenden helfen, das Gefahrenpotential für Menschenhandel in den eigenen Unternehmensaktivitäten aufzudecken und in Zusammenarbeit mit UnternehmenspartnerInnen, lokalen InteressenvertreterInnen und der Zivilgesellschaft erfolgreich zu beseitigen.

Das Trainingsprogramm ist in drei Module à 20 Minuten gegliedert und ist über die [Website](#) von EHTN zugänglich.

### **+++ Blogs mit wissenschaftlichen Beiträgen zu Menschenhandel**

#### **Research on Human Trafficking**

Der aus privater Initiative gegründete Online-Blog [Research on Human Trafficking](#) sammelt und veröffentlicht die Zusammenfassungen wissenschaftlicher Beiträge zum Thema Menschenhandel. Die Datensammlung beinhaltet beispielsweise Essays mit kritischen Auseinandersetzungen zur internationalen Anti-Trafficking-Politik, zur restriktiven Einwanderungspolitik Europas und zu deren Auswirkungen auf Betroffene des Menschenhandels. Die Forschungsbeiträge sind ausschließlich auf Englisch verfügbar. Weiterführende Links verweisen auf die vollständigen Veröffentlichungen.

#### **The Trafficking Research Project**

Auch der Online-Blog [The Trafficking Research Project](#) setzt sich kritisch mit dem Thema Menschenhandel und Anti-Trafficking-Politik auseinander, beleuchtet das Themenfeld allerdings mehr aus der subjektiven Perspektive der beiden Autorinnen Caroline Parkes und Kathryn Baer, die beide langjährige Erfahrung auf dem Gebiet der Menschenrechtsarbeit – teils explizit mit dem Fokus Menschenhandel – haben. Der Blog kooperiert daneben mit externen AutorInnen und bietet eine Plattform für den interdisziplinären Austausch unterschiedlicher AkteurInnen im Themengebiet Menschenhandel.

### **+++ Herkunftsländerinformationssystem ecoi.net**

Das *European Country of Origin Information Network* [ecoi.net](#), welches von ACCORD, dem Austrian Centre for Country of Origin and Asylum Research and Documentation, koordiniert wird und seinen Sitz in Wien hat, setzt bei seiner Arbeit den Fokus auf die Herkunftsländer der in Europa lebenden AsylbewerberInnen und bietet allen an Asylverfahren beteiligten Parteien neutrale und hochwertige Informationen über die Herkunftsländer von Flüchtlingen.

ecoi.net sammelt, strukturiert und verarbeitet dafür regelmäßig öffentliche Informationen aus mehr als 140 Quellen, wie z.B. den Vereinten Nationen, NGOs, Regierungsbehörden oder aus den Medien, sofern sie einen verlässlichen Informationswert haben. Dabei berichtet ecoi.net u.a. über Menschenrechtsslagen, Lebensbedingungen in den jeweiligen Ländern, Traditionen, ethnische Gruppen sowie Analysen über innere Sicherheit und mögliche politische Entwicklungen.

Eine Liste der von ecoi.net verwendeten Informationsquellen kann [hier](#) eingesehen werden.

### **+++ Human Rights Without Frontiers: Bericht über Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung aus menschenrechtlicher und migrationspezifischer Perspektive**

Die Organisation *Human Rights Without Frontiers* hat einen [Bericht](#) veröffentlicht, der Menschenhandel im Kontext von Migration und Menschenrechten betrachtet. Sowohl die Situation der Betroffenen im Herkunfts- und im Destinationsland, als auch Lösungsansätze und Strategien zur Bekämpfung des Problems auf europäischer Ebene werden darin diskutiert.

### **+++ Handbuch zu europarechtlichen Grundlagen im Bereich Asyl, Grenzen und Migration**

Die EU-Grundrechteagentur, der Europarat und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) haben ein [Handbuch](#) zu den europarechtlichen Grundlagen im Bereich Asyl, Grenzen und Migration (2013) veröffentlicht. Es wendet sich an RechtsanwältInnen, RichterInnen, BeamtInnen aus Grenzschutz- und Einwanderungsbehörden, NGOs sowie Fachstellen der Migrations- und Asylberatung. Das Handbuch beinhaltet einen umfassenden Leitfaden zu den europarechtlichen Grundlagen im Bereich Asyl, Migration und Grenzen und berücksichtigt sowohl die Rechtsprechung des EGMR als auch die des Gerichtshofs der Europäischen Union. Schwerpunktmäßig beschäftigt sich das Handbuch mit der rechtlichen Lage von Drittstaatsangehörigen in der EU. Hierbei werden der Zugang zum Asylverfahren, Verfahrensgarantien, der Rechtsbeistand bei Asyl- und Rückführungssachen, die Inhaftnahme, die Einschränkung der Freizügigkeit sowie wirtschaftliche und soziale Rechte thematisiert.

### **+++ Paritätischer Gesamtverband: Broschüre über aufenthalts- und sozialrechtliche Situation von UnionsbürgerInnen – 2., aktualisierte Auflage 2013**

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat eine neue, aktualisierte Auflage der Broschüre [Ausgeschlossen oder privilegiert? Zur Aufenthalts- und sozialrechtlichen Situation von Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen](#) (2013) herausgegeben. Erweitert um das neue EU-Beitrittsland Kroatien, beinhaltet die Broschüre gesetzliche Regelungen der Einreise und des Aufenthalts von UnionsbürgerInnen in Deutschland und geht dabei besonders auf die existenzsichernden Leistungen ein. Der abschließende Teil der Broschüre beschäftigt sich explizit mit dem Arbeitsmarktzugang für bulgarische, rumänische und kroatische StaatsbürgerInnen in Deutschland. Die Broschüre beinhaltet außerdem Praxistipps, hilfreiche Internetseiten und eine praxisorientierte Zusammenfassung gesetzlicher Regelungen.

### **+++ Veröffentlichung der Europäischen Frauenlobby „Barometer für Vergewaltigung“**

Die Europäische Frauenlobby (EWL) hat ein Barometer für Vergewaltigung, [barometer on rape](#), veröffentlicht, in dem sie einen Überblick über die politische Situation und die rechtlichen Definitionen von Vergewaltigung in 32 Ländern gibt. Außerdem vergleicht der Bericht den Umgang mit Betroffenen und die vergewaltigungsverhindernden Aktionen von Politik und Gesellschaft in den jeweiligen Ländern.

**+++ ILO- Berichte zur Kinderarbeit****Studie zur Arbeit von Kindern als Hausangestellte**

Die ILO (International Labour Organisation) hat eine neue [Studie \(2013\)](#) über das Thema Kinderarbeit im Haushalt veröffentlicht. Darin wird im Rahmen der beiden wichtigsten ILO-Konventionen gegen Kinderarbeit ein besseres Verständnis des Themas Kinderarbeit im Haushaltsbereich gegeben. Neben aktuellsten Schätzungen bzgl. des Ausmaßes beleuchtet die Studie auch die Diskriminierung von Kindern, ihre isolierte Situation als Hausangestellte und damit zusammenhängende Vulnerabilitätsfaktoren. Gleichzeitig fordert die Studie die weltweite Thematisierung von arbeitenden Kindern in Haushalten und fordert dringend notwendige Reaktionen von Regierungen und der Zivilgesellschaft.

**Bericht zur allgemeinen Kinderarbeit**

Daneben hat die ILO auch einen [Bericht](#) mit dem Titel *World Report on Child Labour: Economic vulnerability, social protection and the fight against child labour* veröffentlicht. Darin zeigt sie die Ursachen von Kinderarbeit auf und gibt Handlungsempfehlungen für eine wirksamere Bekämpfung des Problems. Hervorgehoben werden dabei insbesondere Maßnahmen zum sozialen Schutz von Kindern, um deren Gefährdungssituation insbesondere im häuslichen Bereich vorzubeugen und entgegenzuwirken. Der Bericht stellt den Anfang einer neuen jährlichen Veröffentlichungsreihe der ILO im Rahmen ihres Programms zur Eliminierung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit dar.

In einer sogenannten [Roadmap](#) werden zudem Schritte vorgestellt, wie bis zum Jahr 2016 die schlimmsten Formen von Kinderarbeit bekämpft werden können.

## **RUBRIK WISSEN – Gesetzliche und politische Entwicklungen des Gesetzentwurfs zur Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU und zur Überwachung von Prostitutionsstätten**

---

Am 5. April 2011 wurde die [Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/629/JI des Rates](#) verabschiedet, die neben Regelungen zur effektiveren Strafverfolgung und Prävention des Menschenhandels umfassende Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen vorsieht. Die Bundesregierung ließ die zweijährige Frist zur Umsetzung am 06.04.2013 verstreichen. Als am 15. April 2013 die [Eurostat-Statistiken](#) zum Ausmaß des Menschenhandels in Europa veröffentlicht wurden, äußerte sich auch die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström kritisch zu der Tatsache, dass erst 6 der 27 Mitgliedsländer die Richtlinie umgesetzt hatten und forderte die Länder auf, angemessen ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Kurzfristig legten am **4. Juni 2013** die Regierungsfractionen CDU/CSU und FDP dem Deutschen Bundestag doch einen entsprechenden *Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Menschenhandels und Überwachung von Prostitutionsstätten* ([17/13706](#)) zur Lesung vor. Demnach soll zum Einen

der Straftatbestand des Menschenhandels nach § 233 des Strafgesetzbuches auf Fälle von Menschenhandel zum Zweck der Ausnutzung strafbarer Handlungen, der Bettelei und des Organhandels erweitert und die Schutzaltersgrenze der Betroffenen von 14 auf 18 Jahre erhöht werden. Zum Anderen ist geplant, Prostitutionsstätten einer gewerberechtl. Überwachung zu unterstellen.

Das weitere Verfahren des Gesetzentwurfs nahm daraufhin eine rasante Entwicklung, weshalb die Chronologie der wichtigsten Ereignisse an dieser Stelle dokumentiert werden möchte:

**06.06.2013:** Der Bundestag berät den Entwurf in der ersten Lesung und übergibt ihn im Anschluss dem Bundesrat. Ein Videomitschnitt der gespaltenen Debatte ist im Parlamentsfernsehen [hier](#) einsehbar.

**12.06.2013:** Der Rechtsausschuss des Bundestages debattiert den Gesetzentwurf.

**18.06.2013:** Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen stellen in Bremen einen [Dringlichkeitsantrag](#), in dem sie die Bremische Bürgerschaft dazu auffordern, dem Gesetzentwurf der Bundesregierung in der vorgelegten Fassung im Bundesrat nicht zuzustimmen und sich auf Bundesebene für eine weitergehende gesetzliche Regulierung zum Schutz von Prostituierten einzusetzen.

**20.06.2013:** Nichtregierungsorganisationen äußern sich kritisch zum Gesetzentwurf. Auch der KOK e.V. veröffentlicht eine [Stellungnahme](#), in der er zwar das Vorhaben der Bundesregierung begrüßt, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen, jedoch den Entwurf als unzureichend bewertet. So sehe er lediglich ein Mindestmaß an strafrechtlichen Regelungen vor, enthalte keine Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen und lasse damit zentrale Vorgaben aus der Richtlinie unberücksichtigt. Insbesondere bedauert der KOK die fehlende Aufnahme der von ExpertInnen und Fachverbänden vorgeschlagenen Änderungen. Der KOK rät daher der Bundesregierung dringend, den Gesetzentwurf vorerst ruhen zu lassen, um in der nächsten Legislaturperiode sorgfältig und unter Einbeziehung der Vorschläge von Fachkreisen über eine hinreichende Umsetzung der EU-Richtlinie diskutieren zu können.

**24.06.2013:** Es findet eine öffentliche Anhörung vor dem Rechtsausschuss statt, zu der Sachverständige aus Verwaltung und Zivilgesellschaft geladen sind. Der Gesetzentwurf stößt einhellig auf Ablehnung. Die Stellungnahmen der Sachverständigen finden Sie [hier](#). Der [Bericht](#) und die [Beschlussempfehlung](#) des Rechtsausschusses können auf der Website des Bundestages eingesehen werden.

**27.06.2013:** In leicht abgeänderter Fassung wird der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung im Bundestag beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition angenommen. Die zuvor eingereichten Änderungsanträge der GRÜNEN ([17/14227](#), [17/14228](#), [17/14229](#)) mit den Forderungen, ein unabhängiges Bleiberecht für Betroffene von Menschenhandel einzuführen sowie die Regulierung von Prostitutionsstätten durch eine Genehmigungspflicht zu erweitern, werden hingegen abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde eine Gesetzesinitiative der GRÜNEN ([17/10843](#)), die verschiedene gesetzliche Neuregelungen (u.a. im Aufenthaltsrecht) zur Verbesserung der Situation von Betroffenen des Menschenhandels vorsieht. Das [Protokoll](#) und ein [Videomitschnitt](#) der Plenarsitzung sind auf der Internetseite des Bundestages abrufbar. Der Gesetzentwurf der CDU/CSU und FDP liegt nun

dem Bundesrat vor, der bei Vorbehalten einen Vermittlungsausschuss einberufen kann.

**05.07.2013:** Das niedersächsische Justizministerium stellt dem Bundesrat eine eigene Gesetzinitiative zur Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU ([528/13](#)) vor. Diese geht über die Regelungen des Gesetzesentwurfs der Koalitionsfraktion hinaus und sieht unter anderem vor, das Strafmaß für Menschenhandelsdelikte auf zwei bis 15 Jahre zu erhöhen. Die Pressemitteilung des niedersächsischen Justizministeriums finden Sie [hier](#).

Der Gesetzesentwurf liegt nun den Ausschüssen zur Beratung vor.

**04.09.2013:** Der Gesetzesentwurf der Koalitionsfraktionen wird auf der 913. Sitzung des Rechtsausschusses des Bundesrats beraten, ebenso wie der Antrag des Landes Niedersachsen (siehe [Tagesordnung](#)).

**10.09.2013:** Der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Arbeit und Sozialpolitik, der Ausschuss für Frauen und Jugend und der Wirtschaftsausschuss empfehlen dem Bundesrat ([641/1/13](#)), den Vermittlungsausschuss einzuberufen, um den Gesetzesentwurf grundlegend zu überarbeiten. Der Innenausschuss hingegen beteiligt sich nicht sondern empfiehlt stattdessen, „unmittelbar zu Beginn der neuen Legislaturperiode einen Gesetzesentwurf zur grundlegenden Reform der legalen Prostitution sowie zur effektiven Bekämpfung des Menschenhandels und der Zwangsprostitution vorzulegen.“ (614/1/13, S.6)

**20.09.2013:** Bei seiner 914. Sitzung behandelt der Bundesrat den Gesetzesentwurf unter TOP 11 und beschließt die Einberufung des Vermittlungsausschusses ([641/13](#)). Der Gesetzesentwurf bleibe hinter den Vorgaben der Richtlinie 2011/36/EU zurück und sei lediglich eine Minimallösung. Die Kritik des Bundesrates bezieht sich vor allem auf die unzureichenden Änderungen der Straftatbestände bzgl. des Menschenhandels zur sexuellen Ausbeutung, zur Arbeitsausbeutung und zur Förderung des Menschenhandels. §§ 232 sowie 233 StGB müssen grundlegend reformiert werden. In diesem Kontext nennt der Bundestag den niedersächsischen Gesetzesantrag als mögliche Grundlage ([528/13](#)). Daneben bemängelt der Bundestag die fehlende Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU hinsichtlich der Schaffung einer nationalen Berichterstattungsstelle sowie der Aspekte Opferstärkung, Opferentschädigung und Opferschutz, besonders im Hinblick auf die Ausgestaltung des Aufenthaltsrechts. Zudem verfehle der Gesetzesentwurf das Ziel, die Situation und den Schutz von Prostituierten ausreichend zu verbessern.

Der KOK e.V. begrüßt in seiner [Stellungnahme](#) die Entscheidung des Bundesrates und folgt seiner abschließenden Meinung, dass eine zeitnahe Erarbeitung eines umfassenden Ansatzes bei den weitergehenden gesetzgeberischen Schritten notwendig ist.